

## **David gegen Goliath**

Wegen seiner harten Haltung bei den Verkehrsverhandlungen mit der EU wurde Bundesrat Moritz Leuenberger kürzlich von Politredaktor Philip Probst der Schweizer Illustrierte (interview vom 9. Juni 97) gefragt, ob er die "Verhandlungen vermässelt habe" und ob er jetzt "als Bundesrat konservativ" geworden sei?

### **Genug mit der EU - Hörigkeit**

Was für eine Begriffsverwirrung. Leider heute bei den Beziehungen zur EU immer wieder an der Tagesordnung: Wer sich gegen das Diktat aus Brüssel wehrt und wer, zum Beispiel, standhaft den vom Volk beschlossenen Alpenschutzartikel verteidigt, der wird als "konservativ", gemeint ist als rückständig, egoistisch und protektionistisch, kurzum als ewiger "Neinsager" beschimpft. Liberal und fortschrittlich ist nur noch der, der die EU und, alles was von Brüssel kommt, unbesehen akzeptiert. Auch wenn inzwischen in den Alpengebieten Frankreichs und Oesterreichs, aber auch in der restlichen EU, die Gefahren einer durch die Warentransporte auf der Strasse überbordenden Luftverschmutzung erkannt worden sind. Oder wie es Bundesrat Leuenberger formulierte, hätte er der EU nachgegeben, wäre noch viel mehr "vermässelt" worden. Es ist bezeichnend, dass ein sozialistischer Bundesrat das sagt und sich zum Widerstand verpflichtet fühlt.

### **Die Suprantonale EU ist von ihren Anfängen her eine sozialistische Schöpfung**

Immerhin waren es die Sozialisten, die in den fünfziger Jahren bei der Gründung der ursprünglichen europäischen Gemeinschaften massgeblich beteiligt waren und die auch bis vor kurzem, gleich wie in der Schweiz, die **eifrigsten Verfechter eines geeinten Europas nach dem supranationalen Prinzip** waren. Inzwischen haben aber einige erkennen müssen, dass der grosse Markt, die gemeinsame Zollmauer und die zahllosen Reglemente aus Brüssel den

Kleinen und Schwachen, vor allem den **Arbeitnehmern** gegenüber keine sehr günstigen Auswirkungen hatten:

Arbeitslosigkeit, Überflutung mit Fremdarbeitern aus dem Innern aber auch von Drittstaaten her, die Abwanderung einheimischer Produktions- und Dienstleistungsbetriebe in Billiglohn-Regionen und die zu Dumpingpreisen in den gemeinsamen Markt gelangenden Waren, haben zu einem raschen Umschwenken geführt.

Das Vertrauen der Arbeitnehmer in die Brüsseler Institutionen ist deutlich ins Wanken geraten. Die Parlamentswahlen in Frankreich zeigen dies nur allzu drastisch. Der zum Schutz der bestehenden sozialen Einrichtungen in Frankreich von der neuen sozialistischen Regierung unter Lionel Jospin gegen den EURO gemachte Widerstand gewinnt in den überwiegend von den Sozialisten beherrschten Mitgliederstaaten der EU an Boden..

**Früher dagegen sind heute Kapital und Finanz für die supranationalen Gebilde - wie lange?**

Grund dafür ist die grundlegende Aenderung der Voraussetzungen seit der Gründung der europäischen Gemeinschaften.

Früher befürchteten die **Arbeitgeber** und die **grossen Unternehmungen, die führenden Schichten der Wirtschaft, der Industrie und der Finanz** durch die Institutionen in Brüssel in ihrer, von jeher auf eine Beherrschung der Märkte, möglichst niedriger Lohnkosten ausgerichteten Politik behindert zu werden. Heute ist das umgekehrt: Mit fortschreitender **Globalisierung** der Wirtschaft erweist sich auf einmal der in sich gefestigte, nach aussen protektionistische und nach innen stark reglementierte europäische Wirtschaftsblock als eine sichere **Ausgangs-Basis zur Beherrschung der Weltmärkte**. Viele moderne Oekonomen betrachten ohnehin die Globalisierung der Weltwirtschaft als die Neokolonialisierung des 21. Jahrhunderts. Ganz einfach

deshalb, weil die riesigen **transnationalen Unternehmens-Zusammenballungen** dank ihrem **Lobby in Brüssel** und dessen Einfluss auf die Entscheidungen der EU nicht nur die Arbeitnehmer, die kleinen und mittleren Unternehmen sowie die Konsumenten unter ihre Kontrolle zu bringen vermögen, sondern weil sie gleichzeitig, gewissermassen über die einzelnen Staaten hinweg, Schritt für Schritt versuchen, die **Geschicke der Welt unter sich** zu regeln, so wie das letztes Jahr von David de Pury, der es ja als früherer ABB-Chef wissen musste, gesagt wurde.

Wichtige Probleme, wie sinnvolle Arbeit und menschenwürdige Lebensbedingungen, ein ständig verbesserter sozialer Schutz vor Krankheit, Alter, Arbeitslosigkeit, Hunger und Obdachlosigkeit, mehr Umweltschutz, Sicherheit von Leib und Leben, Gerechtigkeit sowie Kontrolle weltweiter Kriminalität und jeder Art von Terror sind dabei alles Dinge von zweitrangiger Bedeutung.

#### **National = liberal**

Aus dieser Perspektive heraus ist jeder, der sich wieder für mehr staatliche Selbständigkeit und **gegen die Einmischung internationaler Organisationen, wie die EU**, einsetzt, **liberaler** als derjenige, der angeblich aus “seiner liberalen Einstellung” heraus, die Schweiz dem grossen Markt möglichst rasch öffnen möchte, in Wirklichkeit bereit ist, sich bedingungslos dem protektionistischen System der Technokraten in Brüssel anzuvertrauen. Als das jüngste Mitglied unserer obersten Behörde und deshalb mit einem noch unverbrauchten Blick für die Realitäten hat Bundesrat Leuenberger rasch diese grundsätzliche Problematik erkannt. Getreu **seiner sozialen Grundeinstellung** und sogar zum Teil im Gegensatz zu seinen Parteigenossen, die noch nicht gemerkt haben, was in Europa geschlagen hat, geht es ihm zunächst um die Erhaltung einer möglichst unabhängigen Entscheidungsfähigkeit der Schweiz. Ganz im Gegensatz zu den führenden Kreisen von Wirtschaft und Finanz in unserem Lande, denen es leider immer mehr auch

nur um eine Milliarden-Gewinne bringende wirtschaftliche Tätigkeit geht und weniger um nicht materielle Dinge, wie zum Beispiel ein wirksamer Alpenschutz vor der Luftverschmutzung des Nord-Süd-Transports auf der Strasse.

Wenn es nach den Wünschen der EU ginge, wäre dieser Verkehr ohnehin zum grössten Teil über unser Land zu leiten und muss deshalb für Lastwagenbetreiber auf jeden Fall billiger sein als über Oesterreich oder Frankreich, damit sie der Route über die Schweiz den Vorzug geben. **Bundesrat Leuenberger muss also nach zwei Fronten, nach innen und nach aussen kämpfen und in beiden Fällen gegen sehr einflussreiche "Giganten", so wie in der Bibel David gegen Goliath.** Zu hoffen ist nur, dass das Volk so zu ihm steht, wie das beim Sieg Davids der Fall war.